

Brauer-Zeitung.

Offizielles Organ des Centralverbandes deutscher Brauer und verwandter Berufsgenossen.

Erscheint jeden Sonnabend. — Abonnement für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 1,50 Mark, für das Ausland 2 Mark pro Quartal. — Inserate die sechsgespaltene Petitzeile 20 Pfg.

Redaktion: G. Bauer, Linden-Pannover.

Vorsitzender des Ausschusses: W. Richter, Berlin NO., Mendelssohnstr. 13 (Quergebäude), I. — Vorsitzender der Rechtsschutzkommission: Fr. Schutt, Frankfurt a. M., Dammstr. 4, part.

Sämmtliche Briefe, sowie Geldsendungen sind zu adressiren: R. Wiehle, Linden-Pannover, Falkenstr. 29, II. — Postzeitungsliste Nr. 1187.

No 23.

Hannover, den 5. Juni 1897.

7. Jahrgang.

Pfingsten.

Es muß doch endlich einmal Frühling werden und wenn es auch noch so lange währt! Dies haben wir in diesem Jahre erfahren. Würde es doch dem Frühling recht schwer, sich zur Herrschaft durchzurängen. War doch der so vielfach und so oft besungene Mai alles Andere, nur nicht der erhoffte und so sehnlich erwartete Wonnemonat. Anstatt Blüthen brachte er uns Schneestürme, anstatt grüner Auen weiße Winterlandschaften und anstatt milder, duftiger Frühlingsslüfte eisigkalte Nordwinde. Schien es doch, als ob nach dem leidlich guten April die Reaktion auch in der Natur zur vollständigen Herrschaft gelangt wäre und alle Frühlingshoffnungen zu nichte machen würde.

Doch es schien nur so. Vor den Strahlen der siegreich aufsteigenden Sonne, die ihr Licht und ihre Wärme immer intensiver auf die Erde und die sie bevölkernden Lebewesen herabsandte, mußten die Mächte der Reaktion weichen, sie mußten die Bahn freigeben, das Licht und die Wärme siegten, wenn auch nach hartem Kampfe, und im schönsten Schmucke steht heute Wald und Feld vor unserm Auge.

Unser Pfingstglaube und unsere Pfingsthoffnungen haben uns nicht getäuscht und sie werden uns auch in Zukunft nicht täuschen.

Wir haben heute diesen Glauben und dieses Hoffen notwendiger denn je. Erhebt doch die Reaktion sowohl auf wirtschaftlichem wie auf politischem und geistigem Gebiete ihr Haupt in einer Art und Weise, wodurch die schwersten Befürchtungen für das Volk hervorgerufen werden. Doch der Pfingstgeist der Entzweiung, der heute wieder mächtig die deutschen Lande durchbraust und der so Manchen ergriffen und mit fortgerissen, der sonst den Dingen gleichgültig zusehen hat, er wird bereits einen Theil von denen, die das deutsche Volk für unmündig erklären und es ganz dem Gutdünken eines Gensdarmen oder sonstigen untergeordneten Polizeiorgans ausliefern wollen, soweit zur Befinnung gebracht haben, daß sie einsehen, daß das deutsche Volk, speziell die deutschen Arbeiter nicht gesonnen sind, sich wie Prügel- oder Schuljungen behandeln zu lassen.

Ja, wenn es sich vielleicht nur um Ausnahmesehwe gegen die Arbeiter handeln würde, dann würde man im preussischen Landtag auch von Seiten der Nationalliberalen, die ja bekanntlich der Novelle zum preussischen Vereinsgesetz, die wir hier im Auge haben, oppositionell gegenüberstehen, wenigstens vorläufig noch, mehr Entgegenkommen zeigen. Aber so schreckt sogar die Partei Drehscheibe vor dem Gedanken zurück, unser ganzes öffentliches Leben dem Polizeistock anzuvertrauen und unterzuordnen. Welche Zukunft aber dem deutschen Volke bevorstehen würde, wenn der Polizei die Machtbefugnisse eingeräumt würden, die von Seiten der Reaktionsären geplant sind, das lehrt uns der Prozeß Dausch.

Aus diesem Prozeß haben wir kennen gelernt, welche Sorte von Menschen als Agenten bei der Polizei verwendet werden und wie Politik gemacht wird. Wenn wir bedenken, daß es auch während des Sozialistengesetzes derartige Menschen waren, die die „politischen Verbrecher“ beobachteten und verfolgten, dann wird es uns auch einigermaßen klar, warum jenes Schandgesetz so großes Unheil über die deutsche Arbeiterklasse gebracht hat. Und dasselbe Schauspiel soll sich wiederholen, wenn auch vorläufig nur in Preußen. Die anderen Bundesstaaten würden ja dem guten Beispiel bald nachfolgen.

Ebenso aber, wie alles politische Leben durch Annahme des eingebrachten Gesetzeswurfes lahmgelegt und vernichtet werden könnte, so ist es auch mit dem wirtschaftlichen. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung würde wieder ein Schlag treffen, wie es bei Einführung des Sozialistengesetzes der Fall war. Wir wären z. B. nicht mehr im Stande, eine öffentliche Versammlung abzuhalten, um darin die oft krassen Zustände, die heute noch in einer großen Anzahl von Brauereien herrschen, zu schildern, weil das betreffende oft ganz untergeordnete und nicht selten vollständig verständnislose Polizeiorgan darin eine Gefährdung des öffentlichen Friedens erblicken könnte und berechtigt wäre, die Versammlung aufzulösen.

Noch viel schwerer aber würde es uns werden, in eine Lohnbewegung einzutreten. Ist doch heute schon eine Boykottklärung von einzelnen Gerichten als Störung des öffentlichen Friedens betrachtet und behandelt worden; in Zukunft würde sich diese Anschauung allgemein Geltung verschaffen. Da aber gerade in unserem Gewerbe der Boykott eine viel schärfere Waffe ist, wie die Arbeitseinstellung, ja sogar schon die Aussicht auf einen solchen den Unternehmern Heulen und Zähneklappern verursacht, so würde uns in Zukunft eines der wichtigsten Mittel zur Erklämpfung und zur Erhaltung besserer Lebensbedingungen genommen sein.

Nun sind ja Artikel 1 und 3, welche von der Gefährdung des öffentlichen Friedens in Versammlungen und Vereinen handeln, vorläufig sowohl von der Kommission, als auch in der zweiten Lesung abgelehnt. Aber man weiß immer noch nicht, was nachkommen kann, und es wäre ein schwerer Fehler, die drohende Gefahr jetzt schon für überwunden zu halten. Aber auch das, was in der Kommission und bei der zweiten und dritten Lesung angenommen worden ist, genügt, wenn es Gesetz wird, noch vollständig, der Arbeiterbewegung schweren, heute noch unberechenbaren Schaden zuzufügen.

Es sollen nämlich nach diesen Beschlüssen in Zukunft sowohl Frauen wie Minderjährige politischen Versammlungen nicht beizutreten dürfen. Obwohl hier nur von politischen Vereinen die Rede ist, so wissen wir doch, wie zahlreich die Gerichtsentscheidungen sind, durch welche gewerkschaftliche Organisationen zu politische gestempelt wurden. Aus Versammlungen, in welchen über die einfachsten wirtschaftlichen Fragen, wie Lohnerhöhungen oder Errichtung eines Arbeitersekretariats verhandelt werden sollte, sollten auf Veranlassung des überwachenden Polizeibeamten die Frauen und Minderjährigen ausgewiesen werden und, als dieser Aufforderung nicht Folge gegeben, wurden die Versammlungen aufgelöst. Die eingelegten Beschwerden, die bis zur höchsten Instanz geführt wurden, wurden abgelehnt und in der Begründung der Anschauung der Behörde, die die Versammlungen für politische erklärt hatten, weil die Einberufer und die Referenten „notorische“ Sozialdemokraten waren, beigetragen.

Durch derartige Machinationen ist in Zukunft nicht nur mehr als die Hälfte der Gesamtbevölkerung politisch rechtlos, obwohl sie theilweise selbständige Gewerbe betreiben und Blut- und Gutsteuer zu entrichten haben, sondern es ist diesen, den Frauen und Minderjährigen, die gerade die willigsten und billigsten Ausbeutungsobjekte für die Unternehmer bilden, jede Möglichkeit genommen, gegen ihre Unterdrücker Stellung zu nehmen, weil irgend ein untergeordnetes Polizeiorgan den zur Verhandlung stehenden Punkt für politisch oder die Einberufer und Redner für Sozialdemokraten halten könnte.

Das sind so einzelne Punkte, wie man in Deutschland Sozialpolitik treibt und wie den Arbeitern zu ihren Rechten verholten werden soll. Als am 28. Mai im preussischen Abgeordnetenhaus die Vereinsgesetznovelle zur zweiten Berathung stand, machte der Minister v. d. Röske speziell die Nationalliberalen für die Folgen verantwortlich, die ein Scheitern seiner Lieblingsvorlage mit sich bringen würde. Zugleich aber stellte er in Aussicht, daß, je länger gewartet werde, desto schärfere Maßregeln gegen die revolutionären Umsturzparteien ergriffen werden müßten. Und die Nationalliberalen sagten ihre Mitthilfe bereitwillig zu, wenn durch das Reich vorgegangen werde. Aber nur gegen den wahren „Umsturz“, das heißt die Arbeiter. So ein kleines Umsturzgesetzchen für Preußen allein halten sie für ungenügend.

Die Arbeiterklasse weiß also, was ihr bevorsteht: schärfere Maßregeln durch Reichsgesetz, also eine neue Auflage des Sozialistengesetzes, und im Hintergrunde lauert das Gespenst der Aufhebung des allgemeinen Wahlrechts. Aber hoffentlich hängen den Herren die Trauben im Reichstage noch höher als im Landtage. Sieht es doch heute bereits in bürgerlichen Kreisen eine ganze Anzahl von Männern, die zu der Einsicht gekommen sind, daß eine Bewegung, wie die sozialdemo-

kratische, nicht mit dem Polizeiknüppel aus der Welt gebracht werden kann. Und wenn auch Herr v. Stumm noch so wüthend gegen den Kathederjohannis und Alles, was drum und dran hängt, zu Felde zieht und die Regierung gegen die „Schwärmer“ „scharf“ zu machen versucht, es wird ihm ebenso wenig etwas nützen, als es seiner Zeit den Puttkamern und Eulenburgs genügt hat.

Und welches würde das Ergebnis schärferer Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung für diese selbst sein? Noch viel größere Opfer würden gebracht werden müssen, als dies bis jetzt der Fall ist. Aber das wäre auch Alles. Außerdem wird die Bewegung ihren Entwicklungsgang so naturgemäß nehmen, wie ihn bisher noch jede große Kulturbewegung genommen hat. Eine Bewegung, die mit so zwingender Naturnotwendigkeit aus den bestehenden Verhältnissen hervorgegangen ist, wird keine Macht der Welt im Stande sein, aufzuhalten oder gar auszurotten. Das ist nicht nur unser unerschütterlich fester Pfingstglaube, sondern auch unsere feste Ueberzeugung.

Bildet doch auch Pfingsten in der Entwicklung des Christenthums einen Wendepunkt, ein siegreiches Durchbringen der christlichen Idee. Wenn für uns auch die Ausgießung des heiligen Geistes über die Apostel, die dort in Jerusalem stattgefunden haben soll, nur von sagenhafter Bedeutung ist, so steht doch soviel fest, daß damals die „Jünger“ ihren Glauben zum ersten Mal frei und offen bekannnten, und sie von da an jeder Gefahr und jeder Verfolgung trotzten.

Und heute befeelt eine neue Idee Millionen von Menschenherzen in allen Ländern, wo zivilisirte Völker wohnen. Es ist die Idee der allgemeinen Menschlichkeit, der allgemeinen Menschenliebe. Und sie wird, sie muß zur Wahrheit werden. Die Menschheit wird immer mehr zu der Ueberzeugung kommen, daß es nicht notwendig ist, daß Einzelne Reichthümer aufhäufen auf Kosten und aus der Arbeitskraft ihrer Nebenmenschen, während diese verurtheilt sind, ihr Leben durch Hunger, Noth und Elend dahinzuschleppen. Die Völker werden sich auch in Zukunft nicht mehr zerfleischen und das, was Menschenhände durch Jahrhunderte geschaffen, durch Kriege zerstören, nur weil das im Interesse Einzelner oder einer bestimmten Klasse liegt.

Ja, der Pfingstgeist, der Geist der Liebe und des Friedens, er wird die Mächte der Reaktion ebenso sicher besiegen, wie das Licht der Sonne die Reaktion in der Natur besiegt hat. Dann wird auch der wahre, der Völker-Frühling seinen Einzug halten.

Joh. Schmidt.

Statistik, Sozialpolitik und Knebelei.

Als wir uns jüngst das Vergnügen machten einen Haufen diesjähriger Zeitungen zu ordnen, um die Böcke von den Schafen zu sondern, d. h. um das überflüssige Papier zu verbrennen und, was des Aufbewahrens werth, aufzubewahren, — als wir bei dieser Beschäftigung waren, boten sich uns überraschend viele Artikel da, die da werth waren, dem Schicksale des Verbranntwerdens zu entgehen. Und siehe da! Fast alle diese Artikel waren solche sozialdemokratische Zeitungen, die wenigsten unter ihnen würden je Eingang in die Spalten „vornehmer“, „gutgesinnter“, „staatserhaltender“ Organe gefunden haben.

Unter den Artikeln, die wir aufzubewahren beschloßen, fanden wir einige, die zwar äußerlich in gar keinem, innerlich aber in um so engerem Zusammenhange stehen.

Da fanden wir zunächst eine sehr lehrreiche Zusammenstellung der Vermögen und der Einkommen im Königreiche Preußen, die sich auf eine Berechnung des gelehrten und über jeden Verdacht sozialdemokratischer Gesinnung thurmhoch erhabenen Nationalökonomem Soetheer stützt. Aus der Berechnung des genannten Gelehrten ergibt sich, daß Herr Eugen Richter, der ja sonst ein recht tüchtiger Rechenmeister ist, entweder selbst sehr auf dem Holzwege war oder aber, um die Arbeiter auf den Holzweg zu locken, denselben blauen

